



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bruhns, Carl Georg: Die völkischen Minderheiten und die  
deutsch-polnische Politik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

mus stets verheißt, aber nie erfüllt: für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Regierung und Volksvertretung.

Meine Denkschrift schloß mit den Worten: „Das Wahlrecht der öffentlichen Körperschaften ist der Tod des Parlamentarismus in seiner heutigen Gestalt; vielleicht bringt es die Wiedergeburt der Politik.“ Statt der Wiedergeburt kam der Zusammenbruch. Er hat die Mächte, gegen die ich damals den Körperschaftsgedanken zu Hilfe rief, zur unumschränkten Macht geführt. Um so mehr müssen wir auf diese Idee unsere Hoffnung setzen. Ich sage „wir“; denn in diesem Gedanken können wir uns zusammenfinden. Sie riefen selbst einen Nothelfer an, der einer der mächtigsten Vorkämpfer des ständischen Prinzips gewesen ist: Sie riefen nach einem neuen Freiherrn vom Stein. Möge der gute Geist unseres Volkes uns einen Mann seines Schlages senden, wenn es reif ist, ihm zu folgen! Mich werden Sie unter seinem Banner finden.



## Die völkischen Minderheiten und die deutsch-polnische Politik

Von Carl Georg Bruhs



Das jetzt hinter uns liegende erste Jahr nach dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages hat gezeigt, daß der Frieden nirgends, und so auch nicht im verlorenen Osten zu einer Befriedigung führen konnte. Hatten schon die Mittelmächte es nicht verstanden, für das polnische Problem einleuchtende sachlich gegebene Lösungen aufzuzeigen, so gilt das in gleichem Maße von dem Lösungsversuche der alliierten und assoziierten Mächte. Aber schon der Lösungsversuch ist eine Realität, die Aufgaben stellt. Für deutsche Betrachtungsweise liegt es nahe, als einzige Aufgabe die Vernichtung dieser wie jeder anderen aus dem Friedensvertrage erwachsenen Realität anzusehen. Einer Klärung der deutsch-polnischen Beziehungen kann man mit solcher Einstellung nicht näher kommen. Ob das Polentum den Beweis seiner staatenbildenden Kraft bereits erbracht hat, mag strittig sein. Der polnische Staat ist ein Geschenk aus fremden Händen, aber es bleibt die geschichtliche Leistung des Polentums, nach dem Geschenk die Hände ausgestreckt und es ergriffen zu haben. Und die nationale Kraft des Polentums, die sich durch 1½ Jahrhunderte nicht brechen ließ, hat durch den Friedensvertrag einen Aufschwung erlebt, der jeden Versuch zur Lösung des polnischen Problems auf alten Wegen ausschließt. Damit wird der Friedensvertrag der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung der polnischen Frage. Im Kampfe zwischen völkischer und staatlicher Idee hat diesmal

der Sieg zugunsten Polens entschieden. Der Endpunkt der geschichtlichen Entwicklung ist damit noch nicht erreicht, und Polen wird einsehen lernen, daß die staatliche Idee die völkische nie besiegen, sondern sie höchstens in sich einordnen kann. Im Verhältnis von Deutschland und Polen wird die Grenze von Staat und Volkstum sich nie miteinander decken können, und insolgedessen wird jeder Staat für innerpolitische Ereignisse auf dem Gebiet der völkischen Entwicklung im Nachbarstaat ein nicht nur durch die Beobachtung der äußeren Politik vermitteltes, sondern ein unmittelbares Interesse haben. Und dies Interesse für die Lage des eigenen Volkstums im andern Staat wird bewußt oder unbewußt auf jeden Schritt der inneren und äußeren Politik der beiden Staaten Einfluß haben. Das sind Tatsachen, die jeder Beurteilung der deutsch-polnischen Politik zugrunde gelegt werden müssen. Der Versuch, durch Hervorkehrung eines Standpunktes rein staatlicher Souveränität bei der Behandlung der völkischen Minderheiten in der offiziellen Haltung der Regierungen diese Sachlage zu verschleiern, kann nur dazu führen, eine Atmosphäre des Mißtrauens zu schaffen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in jedem Berührungspunkte so stark belastet, daß ohne rückhaltlose Klarheit über die Grundbedingungen der gegenseitigen Politik der Versuch, zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Die Aufgaben, die der deutschen Politik durch die Entstehung des polnischen Staates gestellt sind, liegen, wenn nicht in ihrer Lösung, so doch in ihrer Problematik klar. Daß unabhängig von jeder politischen Konstellation die deutsche Politik auf die Erhaltung des deutschen Volkstums in Polen hinarbeiten muß, bedarf keiner rationalen Begründung, weil es sich hier um eine Forderung handelt, die sich gefühlsmäßig und deshalb unwiderlegbar jeder deutschen Regierung von Westarp bis Ledebour aufdrängt. Insofern ist das Deutschtum in Polen der Kernpunkt, an den alles andere sich ankrystallisieren muß. Das darf nicht zu dem Fehlschluß führen, als ob das Interesse Deutschlands am sogenannten Korridor nur vom Interesse am Deutschtum im abgetretenen Gebiet sich herleitet. Friedrich der Große erwarb Westpreußen, weil Ostpreußen ohne die feste Landverbindung nie ein sicherer Bestandteil seines Staates werden konnte. Und um Ostpreußens willen würde sich jedem deutschen Staatsmann die Existenz des Korridors als wichtigstes Problem auch dann aufdrängen, wenn nie ein Deutscher in Westpreußen Heimatsrecht besessen hätte. Vom deutschen Standpunkt aus bleibt es eine kaum lösbare Frage, wie die ostpreußische Aufgabe auf der Grundlage des Versailler Vertrages erfüllt werden kann. Selbständig neben dem Korridorproblem und doch sich im Verhältnis zueinander gegenseitig verstärkend steht das russische Problem. Der polnische Staat ist ein Hindernis für die deutsche Politik gegenüber Rußland, und der Graben, der durch Polen zwischen Deutschland und Rußland gezogen ist, wird durch den Korridor noch vertieft. Deutschland muß zu Rußland und Rußland muß zu Deutschland. Daß diese Notwendigkeit durch das Entstehen des polnischen Staates von ihrer Verwirklichung entfernt wird, kann heute nur durch die Furcht vor dem Bolschewismus, die Polen als Schutzwall erscheinen läßt, noch ein wenig verdeckt werden. Aufgabe der deutschen Politik ist es, das Hindernis zu überbrücken; aber eine Brücke ist nie so tragfähig wie eine feste Landverbindung.

Das Deutschtum in Polen, der Korridor und Rußland sind die drei Ziel-  
punkte für die deutsche Politik, denen gegenüber das unmittelbare Interesse an  
Polen und der polnischen Wirtschaft in den Hintergrund tritt. Die deutsche  
Politik kann zur Lösung der ihr gestellten drei Hauptaufgaben die Kräfte nicht  
gleichmäßig und in einer Richtung ansetzen, weil die Wege, auf denen die drei  
Ziele gesucht werden können, sich in eigenartiger Weise schneiden. Dieser Umstand  
ist ein wesentlicher Aktivposten für die polnische Politik Deutschland gegenüber.  
Die Konsolidierung des neugebildeten polnischen Staates muß innerpolitisch in der  
Hauptsache in einer Überwindung der wirtschaftlichen und der nationalitäts-  
politischen Schwierigkeiten gesucht werden. Alle anderen Schwierigkeiten der  
inneren polnischen Politik gehen irgendwie auf diese beiden Wurzeln zurück. Für  
das Nationalitätenproblem mag eine Ausrottung der fremdstämmigen Nationalitäten  
die einfachste Lösung scheinen. Aber sie ist nie reinlich durchzuführen, und die Aus-  
rottung des Deutschtums würde Polen seines stärksten politischen Mittels Deutsch-  
land gegenüber berauben und gleichzeitig den wirtschaftlichen Aufbau Polens  
unmöglich machen. Ohne Zusammenarbeit mit Deutschland ist der polnische  
Wirtschaftsaufbau nicht denkbar, und die von Deutschland zu leistende Hilfe darf  
nicht nur durch Handelsverträge und Wirtschaftsabkommen formell zur Verfügung  
gestellt werden, sondern sie muß auf Grund eigenen wirtschaftlichen und politischen  
Interesses von Deutschland tatsächlich und willig geleistet werden. Eine Unter-  
drückung des Deutschtums in Polen mindert gefühlsmäßig das deutsche Interesse  
an Polen und schwächt, da das Deutschtum einer der stärksten wirtschaftlichen  
Faktoren Polens ist, die wirtschaftspolitische Bündnisfähigkeit Polens. Weiter  
werden die Deutschen, denen die Polen ihre Existenzmöglichkeit abgeschnitten  
haben, nach Rußland gedrängt werden, weil Deutschland für den ganzen Zustrom  
nicht aufnahmefähig ist. Moskau ist stets der Hauptkonkurrent von Lodz gewesen,  
und Polen muß damit rechnen, daß der Verlust der deutschen wirtschaftlichen  
Kräfte auf der anderen Seite zu einer Stärkung der russischen Konkurrenz führt.  
Weit wichtiger ist, daß die deutsche Politik bei Fortfall der Möglichkeit, für das  
Deutschtum in Polen zu arbeiten, in ihrer Rußlandpolitik auf eine völlig neue  
Grundlage gestellt wird und für Polen die Gefahr entsteht, daß eine solche  
Politik auf seine Kosten getrieben wird. Und Rußland allein stellt für Polen ein  
Problem, das an die Grundlagen seiner staatlichen Existenz geht. Der bolsche-  
wistische Vormarsch des vergangenen Sommers ist viel weniger ein Menetekel  
des Bolschewismus als des neu zu Kräften kommenden russischen Staatsgedankens.  
Mag Lenin die gemeinsame deutsch-russische Grenze zur Verbreiterung der Basis  
der Weltrevolution und zur Verstärkung der eigenen innerpolitischen Stellung  
durch Erweckung nationalistischer Leidenschaften erstreben, im Wesen handelt es  
sich um das Streben jeder zukünftigen russischen Politik, durch Herstellung der  
gemeinsamen Grenze mit Deutschland die Grundlagen für den russischen Wieder-  
aufbau und die politischen Betätigungsmöglichkeiten Rußlands zu stärken. Ganz  
abgesehen von den deutsch-russischen Beziehungen, stellt die allrussische Gefahr die  
höchsten Anforderungen an Polen in der Behandlung der gesamten Fragen der  
Ost- und Randstaatenpolitik. Sie verlangt insbesondere eine innere Erstärkung,  
ein Erfordernis, das bei seiner wirtschaftlichen Bedingtheit auf Deutschland weist.  
Der Belastungsprobe einer deutsch-russischen Politik, die Polen als lästiges

Hindernis behandelt, wird Polen zunächst wirtschaftlich und dann politisch nicht gewachsen sein, und die Korridorwunde legt Deutschland eine solche Politik nahe. In dieser Lage ist für Polen das Ziel gegeben, zwischen Deutschland und Rußland nicht nur Brücke zu werden, sondern gleichwertiges Mitglied einer kommenden deutsch-russischen Interessensolidarität. Die zwingende Notwendigkeit einer solchen polnischen Politik wird durch die innerpolitische Lage Rußlands noch verschleiert. Die Frage, ob Polen Verbindung oder Hindernis zwischen Deutschland und Rußland werden will, mag erst in näherer oder fernerer Zukunft für Polen akut werden: die Antwort muß schon heute gegeben werden. Entschließt sich Polen dazu, seiner Politik das Ziel zu setzen, Verbindung zwischen Deutschland und Rußland zu werden, dann führt der Weg dahin über eine Schutzpolitik zugunsten des Deutschtums. Es können Lagen eintreten, in denen für Deutschland die Verbindung mit Rußland unter Benutzung allrussischer Tendenzen sehr viel leichter bei Ausschluß Polens stattfinden kann. Aber keine deutsche Politik wird die Einbeziehung Polens in eine deutsch-russische Interessensolidarität ablehnen können, wenn durch sie eine Pflege des Deutschtums in Polen zu erreichen ist. Deutschland wird damit an einem guten russisch-polnischen Verhältnis so stark interessiert, daß Polen auch nach dieser Seite hin Deckung bekommt. Der Entschluß zu einer solchen Politik, die eine Stützung Polens auch Rußland gegenüber zur Folge hat, kann für Deutschland bei Berücksichtigung russischer Stimmungen sehr schwer werden, und er kann nur durch eine unbedingt lokale Deutschtumspolitik Polens gerechtfertigt werden. Gewiß kann keine deutsch-polnisch-russische Solidarität für Deutschland den Korridor fortdiskutieren; aber die von dort für Polen etwa drohende Gefahr wird durch Unterdrückung und Ausrottung des Deutschtums nur größer, weil die Wunde fühlbarer wird und die deutsche Politik in der Wahl ihrer Mittel ungebundener wird. Nicht vom Deutschtum im Korridor, sondern von Verwicklungen von Staat zu Staat droht die Gefahr, die zu vermeiden allein der Schutz des Deutschtums der geeignete Weg ist.

Die Rückversicherung, die sich Frankreich mit Polen gegen Deutschland geschaffen hat, erscheint jetzt noch als eine Stärkung der polnischen Stellung zu Deutschland. Zweifelhafter ist schon die Stärkung der Stellung zu Rußland. Aber auf die Dauer kann ein von Polen ausgehender Versuch, im Einvernehmen mit Frankreich auf den westlichen Druck noch einen verstärkten östlichen zu setzen, zur Katastrophe führen. Auch bei völliger Außerachtlassung der Lage im Osten ist es heute die schicksalsschwerste Frage, ob Frankreich mit seiner Wiedergutmachungspolitik innerhalb der Grenzen bleibt, die das Risiko einer russisch orientierten deutschen Verzweiflungspolitik geringer erscheinen läßt als die Sicherheit eines zum endgültigen Ruin führenden Wirtschaftsdrucks. Die wirtschaftliche Bedeutung Frankreichs für Polen wird auch im günstigsten Falle hinter der Bedeutung als machtpolitische Deckung zurückbleiben. Deshalb hat Polen kein Interesse daran, durch Verstärkung des westlichen Druckes Deutschland über die Risikogrenzen hinauszudrängen. Mit einer umgekehrt eingestellten Politik kann Polen den Schlüssel für die gesamte europäische Lage in die Hand bekommen. Vermittelt es die Herstellung der Interessengemeinschaft mit Rußland und Deutschland, so schafft es die Vorbedingungen für eine allgemeine europäische Kontinentalpolitik. Denn es vermindert durch Erhöhung der deutschen Leistungs-

fähigkeit die deutsch-französische Spannung. Durch seine eigne wirtschaftliche Gesundung wird es gleichermaßen bündnisfähig und unabhängig und kann Frankreich auch im Rahmen der Kontinentalpolitik eine Rückendeckung gegen Deutschland schaffen, ohne in hoffnungslose Abhängigkeit von Frankreich zu geraten, die eine ausreichende Sicherung gegen die russische Gefahr doch nie bilden kann. Für England hört Polen auf, nur unter dem Gesichtspunkt der Balkanisierung Europas gewertet zu werden und erweitert nach dieser Seite seine wirtschaftlichen Möglichkeiten. Und schließlich liegt, wenn auch in weiter Ferne, die Aussicht, daß eine gesamteuropäische Interessengemeinschaft zu so neuen Formen europäisch staatlichen Zusammenlebens führt, daß die Korridorfrage, wenn sie auch nicht gegenstandslos wird, doch Lösungen entgegengeführt werden kann, die für beide Teile annehmbar sind. Es bleibt in diesem Zusammenhange ohne Bedeutung, auf welchen Um- und Irrwegen das Ziel einer gesamteuropäischen Kontinentalpolitik erreicht wird, und ob Frankreich für die Dauer die Verwirklichung einer solchen Politik verhindern wird. Die Solidarität zwischen Deutschland und Rußland bleibt das Endziel jeder Entwicklung, und wenn Polen den rechten Augenblick versäumt, Mittler zwischen Rußland und Deutschland zu werden, dann wird das Drängen nach der gemeinsamen deutsch-russischen Grenze eines Tages so stark sein, daß keine französische Politik es vermögen wird, den Ketten Polens zu spielen.

Das deutsche Interesse an Polen beschränkt sich nicht auf das Interesse am Deutschtum. Als Gegenwartswert hat Polen und haben besonders die alten preussischen Provinzen eine beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland, eine Bedeutung, die aber stark zurücktritt, sobald man sie unter dem Gesichtspunkte der großen östlichen Zukunftsprobleme betrachtet. Daneben und ganz unabhängig hat Deutschland an Polen das Interesse, das es an einer ruhigen Entwicklung überhaupt hat. Damit wird das Deutschtum in Polen zur Grundlage und zum Hauptgegenstand der gegenseitigen Politik beider Staaten. Als akutes Problem ist das deutsch-polnische ein Abbild im Kleinen der gesamten politischen Lage, soweit sie von der Frage beherrscht wird, ob es aus dem Kriegszustande des Versailler Friedens eine Lösung im Wege der Evolution gibt.

Es ist bereits ausgeführt worden, daß die Pflege des eignen Volkstums im fremden Staate eine Aufgabe ist, die sich jeder der beiden Staaten stellt. Und es handelt sich hierbei um Ziele, die stets an erster Stelle stehen werden, weil sie absolut sind. Sollte es nun nicht möglich sein, anstatt daß die Nationalitätenpolitik eine Quelle ewiger Reibungen ist, eine offen anzustrebende Gegenseitigkeit zum Ausgangspunkt der hier skizzierten Politik zu machen, einer Politik, an der Polen jedes Zukunftsinteresse besitzt, und Deutschland das Interesse, das es an einer nicht gewalttätigen Entwicklung der Dinge hat? Gegenseitigkeitspolitik wird tatsächlich schon heute getrieben; aber die Art, wie das geschieht, birgt die große Gefahr in sich, daß die ganze Frage auf die schiefe Ebene eines fortgesetzten Kuhhandels geschoben wird. Man scheut sich noch, den abstrakten Souveränitätsstandpunkt aufzugeben, übt die Gegenseitigkeit hinten herum, sucht nach Klauseln und muß sich damit vornehmlich auf den Versuch einer Vermeidung von Ubeln beschränken. Latent ist die Frage schon längst; aber bisher haben sich beide

Parteien bei den unbestreitbar sehr großen Schwierigkeiten gescheut, eine positive Lösung in Angriff zu nehmen. Nun ist die Lage des Deutschen Reiches allerdings eigenartig genug. Ganz abgesehen davon, daß innerpolitisch gesehen die Nationalitätenfrage in Deutschland eine ganz andere ist als in Polen, besteht nach Artikel 93 des Friedensvertrages und dem im Verfolg dieses Artikels zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Hauptmächten abgeschlossenen Minderheitenschutzvertrages für Polen eine einseitige Verpflichtung zum Schutze der deutschen Minderheiten in ganz bestimmtem Umfange. Auch wenn Deutschland zu einer Gegenseitigkeitspolitik bereit ist, bleibt es berechtigt, auf Grund des Minderheitenschutzvertrages Vorleistungen von Polen zu verlangen. Aber gerade in dieser Lage ist es das Gegebene, daß Deutschland die Initiative zu einer Gegenseitigkeitspolitik ergreift. Deutschland darf nicht, wie es das in den Jahren 1918 und 1919 getan hat, wieder den rechten Augenblick für die Aufstellung eines Programms seiner Nationalitätenpolitik versäumen. Denn nur so kann es verhindern, daß alles, was auf diesem Gebiet geschieht, nutzlos verpufft und weder zugunsten des Deutschtums in Polen noch zugunsten seiner allgemeinen Politik Polen gegenüber verwertet wird. Gewiß ist das Interesse Polens, durch eine Sicherstellung des deutschen Elements gleichzeitig die Grundlage seiner eignen staatlichen Zukunft zu sichern, ungleich größer als das staatspolitische Interesse Deutschlands daran, durch die Art, wie es das polnische Element stellt, an einer deutsch-polnischen Annäherung zu arbeiten. Aber eine Politik nach dem Motto: „Es ist meinem Vater ganz recht, wenn mir die Finger erfrieren, warum kauft er mir keine Handschuhe!“ ist kurzfristig, weil das zuerst erfrierende Glied das Deutschtum in Polen ist.

Die Bedeutung der völkischen Minderheiten für die deutsch-polnische Politik besteht nicht nur darin, daß sie Ziele und Mittel staatlicher Politik sind. Der Kampf, den das Deutschtum in Polen um seine Erhaltung und sein ungestörtes Wachstum führt, ist eine Arbeit zu dem Ziele, die Entwicklung in eine Bahn zu bringen, welche für Polen eine Minderung der aus der Lage zwischen Deutschland und Rußland und aus dem Bestehen des Korridors sich ergebenden Schwierigkeiten bedeutet, und für Deutschland die Aussicht auf einen Ausweg aus der Not des Versailler Friedens eröffnet, der an dem unübersehbaren Ausgang einer europäischen Katastrophe vorbeiführt. Mehr als bisher muß das Deutschtum in Polen sich mit dem Bewußtsein durchdringen, daß es dazu berufen ist, im tapferen Einstephen für sein eignes völkisches Recht an der Lösung weltgeschichtlicher Aufgaben mitzuarbeiten.

